

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (14)

„Mutig und furchtlos Großes wagen . . .“

Während der Verhandlungen über Zölle und Kongrua unternahm deutschagrarisches und christlichsoziale Sprecher den Versuch, zu bestreiten, es handle sich bei diesen Fragen um mehr als rein wirtschaftliche Angelegenheiten. Keinesfalls, so behaupteten sie, läge die Absicht vor, der tschechischen Beamtenregierung damit einen Liebesdienst zu erweisen. Als die Beratungen in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses schon begonnen hatten, hielt die deutsche Gewerbe- und Landwirtepartei, deren Vertreter dem parlamentarischen Klub des Bundes der Landwirte angehören, ihren Parteitag ab, auf dem beschlossen wurde, die Stellung der Partei zur Regierung könne nach wie vor eine grundsätzlich oppositionelle sein. Auch das Landbündler, Christlichsoziale und Gewerbe- und Landwirtepartei beim Niederstimmen aller oppositionellen Anträge und aller sonstigen der Regierung peinlichen Anträge mit den tschechischen bürgerlichen Parteien durch die und dünn gingen und die Regierung wiederholt aus Todesgefahr erretteten, wollten sie nicht als ein Zeichen des Vertrauens zur Regierung gelten lassen, sondern nur als notwendige Maßnahme, um den Weg zur Abstimmung über Zölle und Kongrua freizulegen. Danach wäre nach Erledigung dieser beiden Vorlagen der Augenblick gekommen gewesen, in dem die deutschbürgerlichen Parteien aus der Zollmehrheit, die doch nur eine Zufalls- und Gelegenheitsmehrheit sein sollte, hätten ausscheiden müssen. Doch die Verlogenheit der Besteuerungen der deutschen Zollparteien wurde gerade jetzt offenkundig, denn sie waren, wie es in einem von ihnen ausgegebenen Kommuniqué lautet, „zu der Erkenntnis gekommen, daß es notwendig ist, die jetzige Zollmehrheit auch bei der Behandlung der Staatsbeamtenvorlage und dem damit verbundenen Finanzgesetzen aufrecht zu erhalten“. Damit haben die deutschbürgerlichen Parteien die letzte Maske fallen lassen, sie haben bewiesen, daß sie an der neuen tschechisch-deutsch-magyarischen Regierungsmehrheit festhalten und die Teilnahme daran als einen praktischen Schritt ihrer aktivistischen Politik auffassen.

Es ist in den letzten Tagen viel darüber geschrieben und gesprochen worden, welchen greifbaren Gegenwert die deutschbürgerlichen Parteien für diese nunmehr offene Unterstützung der tschechischen Regierung erhalten haben, oder welche nationalen Vorteile ihnen wenigstens dafür in Aussicht gestellt wurden. Nach allen feierlichen Erklärungen dieser Parteien in früherer Zeit, ihr Aktivismus bedeute nicht ein bedingungsloses Eintreten in eine Regierungsmehrheit, sondern fordere die vorherige Wiedergutmachung aller dem deutschen Volke zugefügten nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Schäden, zumindest die Verhinderung freier nationaler Entwicklung, konnte niemand leicht glauben, diese Parteien hätten alle ihre Versprechungen vergessen und wären fähig, sich auch umsonst vor den Wagen der tschechischen Regierung einspannen zu lassen, denn ohne jede Gewähr und ohne alle nationalen Kompensationen die der Idee des tschechischen Nationalstaates huldigende Regierung mit ihren Stimmen zu unterstützen, das hätten sich doch schon früher tun können. Die tschechische Presse weiß täglich von irgendwelchen Leistungen an die Deutschen für die geänderte Sinnesart der deutschbürgerlichen Parteien zu erzählen. Bald ist es eine ihnen verheißene Stelle in der Leitung des Bodenamtes, bald ein Zugeständnis in der Marienbader Frage, bald wieder eine Lösung der Frage der Grenzstädte im Sinne der Deutschen, von denen behauptet wird, sie seien das Entgelt für den Entschluß, auch fernerhin ein Bestandteil der neuen Regierungsmehrheit zu bleiben, aber alle diese Erzählungen erweisen sich als müßige Phantasien und die deutschen Zollparteien sprechen selber nur von einer Kompensationspolitik im „weitesten und weitestausblickenden Sinne“, das heißt, die nationalen Vorteile

Zolldebatte im Senat.

Genosse Dr. Heller deutet die Zusammenhänge zwischen den neuen
Industriezöllen und der Zionbank auf.

Prag, 21. Juni. Zum zweitenmal beschäftigt sich heute das Senatsplenum mit den Zöllen. Vor wenigen Wochen wurde der erste Zollantrag Donat auf Einführung der sechsfachen Freizölle angenommen, trotzdem man über die Undurchführbarkeit dieser Vorlage schließlich auch im Lager der Zollkoalition nicht im unklaren war. Dann kamen die Verhandlungen zwischen Godza und Dvořák im Abgeordnetenhause, die schließlich dazu führten, daß die Nationaldemokraten gegen neue Industriezölle die Agrarzölle in einer etwas gemäßigteren Höhe akzeptierten, und nun kommen die Zölle in ihrer geänderten Form neuerdings vor den Senat, der sie bis morgen abends erledigen, d. h. bedingungslos annehmen soll und wohl auch annehmen wird.

Während der Referate der Berichterstatter trieben die Kommunisten lärmende Opposition, erreichten aber das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigten: die Berichterstatter saßen sich, da sie bloß für die Stenographen sprechen konnten, ganz kurz und so wird eben die Vorlage noch um eine Stunde früher angenommen werden als sonst.

Für unsere Partei sprachen die Genossen Rejzl und Dr. Heller. Während Genosse Rejzl die Vorlage und unsere Stellung hierzu vorwiegend von allgemeinen Gesichtspunkten behandelte, ging Genosse Dr. Heller auf ein bisher viel zu wenig beachtetes Gebiet, nämlich die in der Vorlage enthaltenen Industriezölle, die näheren ein und legte alle die verborgenen Fäden bloß, die über verschiedene interessierte Unternehmungen hinweg sich schließlich alle in einem Punkte vereinigen: in der Direktionskanzlei der Zionbank, die durch Herrn Dvořák für ihren Industriezöllen hohe Schutzzölle der verschiedensten Art durchgesetzt hat. Konnten unsere Landbündler beim Antrag Donat noch stolz behaupten, sie seien prinzipiell gegen Industriezölle, so müssen sie jetzt ganz ruhig sein, denn gerade durch die Zollvorlage wurden neue, hohe Industriezölle, und nicht etwa für deutsche Fabriken, sondern für die dem Zionkonglomerat angehörenden Industrieunternehmungen, eingeführt. Wie werden sich die Herrn aus diesem Zwiespalt wohl wieder herausreden wollen?

Die Sitzung beginnt um halb 4 Uhr nachmittags; im Druck liegen u. a. bereits die drei Gehaltsgesetze der Staatsangestellten, Lehrer und Distriktsärzte sowie die Kongruavorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses auf. Nach einigen Zuweisungen an die Ausschüsse genehmigte

ihres Einschwenkens werde nicht die Gegenwart, sondern erst die Zukunft bringen. In einem vom vereinigten parlamentarischen Klub des Bundes der Landwirte, der deutschen Gewerbe- und Landwirtepartei und der magyarischen Nationalpartei herausgegebenen Kommuniqué wird die neue politische Richtung der Zolldebatte, die sie auch weiterhin beizubehalten gedenken, damit begründet, es sei „nur dadurch die Möglichkeit gegeben, die Presse, die in das wirtschaftlich ungesunde und für die Minderheitsvölker dieses Staates verhängnisvolle allnationale Koalitionssystem gelegt wurde, zu verbreitern und die Wiederkehr dieses Systems, wenn auch nicht zu vereiteln, so doch zu erschweren“. Es müsse eben die deutsche Politik „mutig und furchtlos Großes wagen“ und eine „nicht allzuferne Zukunft werde diese Handlungsweise vollständig rechtfertigen“. Gerade sehr zuverlässig und überzeugt klingen diese Worte nicht. Sie sind im Grunde das Eingeständnis, daß sich die deutschbürgerlichen Parteien selber erst in irgendwelcher Zukunft von ihrem Schritte einen Erfolg versprechen. Sie gehen von der Einbildung aus, sie hätten durch ihr Verbleiben in der Zollmehrheit, die dadurch zu einer Regierungsmehrheit wird, die Wiederkehr des allnationalen Koalitionssystems erschwert, von einer dauernden Verhinderung wagen sie selber nicht zu sprechen.

„Mutig und furchtlos Großes wagen . . .“, man sollte glauben, daß das nicht die einzigen

der Senat in zweiter Lesung den Handelsvertrag mit Japan sowie den Vertrag über die Vereinfachung der Zollformalitäten. Bezüglich einiger weniger bedeutender Vorlagen, die schon im Abgeordnetenhause erledigt sind, wird beschlossen, das Abgeordnetenhause um eine viermonatige Fristsetzung zu ersuchen.

Sodann geht der Senat in die meritorische Behandlung des neuen vom Abgeordnetenhause beschlossenen Zolltarifes ein. Die Redezeit wird je nach der Größe der Klubs mit ein bis drei Stunden festgesetzt.

Sobald der Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses, der Agrarier Sabli, die Rednertribüne betritt, fächelt die Kommunisten mit einer lärmenden Obstruktion ein, die sich in einem Trommelfeuern auf die Pultdeckel, ununterbrochene Zwischenrufe, Pfeifen etc. auszieht. Auch eine Trompete war zu hören. Sabli gibt bald den Versuch auf, diesen Lärm zu überhören, und diktiert einfach den Stenographen; nicht besser geht es dem Berichterstatter für den Budgetausschuß, dem Merkmalen Dr. Prochazka, der gleichfalls unter dem unausgesetzten Lärm der Kommunisten den Stenographen seinen Bericht diktiert, ohne daß ihn sonst jemand verstehen könnte. Auch nachdem er geredet, dauerte es noch eine Weile, bis der Vorsitzende imstande war, dem ersten Kontraktierer, dem Genossen Rejzl, Gehör zu verschaffen. Nachdem sich der Lärm endlich etwas gelegt hatte, ironisierte

Genosse Rejzl

zunächst die „instruktiven“ Referate der Berichterstatter und führte dann u. a. aus:

Es müßte der Zollmehrheit zu denken geben, daß die große Erregung, die durchs ganze Reich geht doch etwas wesentlich anderes sein muß als ein künstlich hervorgerufenes und genährtes Unruhegefühl. Es wäre zu wünschen, daß Sie, die heute hier das Gesetz beschließen, nicht nur in die Versammlungen Ihrer Anhänger gehen, sondern daß Sie sich auch sehen lassen in den Versammlungen wo die hungernden Arbeiter und Arbeitslosen davon sprechen, was für ein Gesetz Sie ihnen jetzt bescherten, mit welchen ungeheuren Mehrausgaben Sie den Haushalt der Armen belasten; vielleicht würde es manchen von den Herren, die sonst skrupellos sind, bis zu einem gewissen Grade reuen.

Das Gesetz, das heute vorliegt, ist etwas ganz anderes als der Antrag Donat. Beim Antrag Donat hat man „bewiesen“, daß die Agrarier zugrunde gehen müssen, wenn sie nicht den

Erfordernisse einer verantwortungsvollen Politik sein können, denn dazu gehören auch Klugheit, Ueberlegung, Verantwortungsgefühl und Treue gegen sich selbst und gegen seine Auftraggeber, das sind die deutschen Wähler. „Mutig und furchtlos“ haben die deutschbürgerlichen Parteien den tschechischen Machthabern wohl bewiesen, daß sie auf die Teilnahme der tschechischen sozialistischen Parteien unter Umständen verzichten können, aber wenn will man einreden, daß dadurch an dem System irgend etwas geändert wurde oder für lange Zeit hinaus geändert werden kann. Die tschechischbürgerlichen haben keine Veranlassung, die nun schon so vielfach bewiesene Bereitwilligkeit der deutschen Zollparteien, ihre Wünsche zu erfüllen, von der Hand zu weisen und sich diese nationale Selbstaufopferung ihrer deutschen Bundesgenossen nicht gefallen zu lassen. Sollten diese einmal in nationaler Beziehung begehrt werden und die Erfüllung jener vorläufig in die weite Ferne geschobenen Kompensationen verlangen, dann dürfte es noch immer Zeit sein, sich dieser Bundesgenossen zu entledigen und willfährigere zu suchen. Es ist die kindlichste, aber auch verderblichste Vorstellung, der die Deutschbürgerlichen huldigen, der Bruch mit dem nationalen Herrschaftssystem oder gar die Lösung des nationalen Ausgleiches könne einfach durch das listige Hineinschlüpfen der deutschbürgerlichen Parteien in die Regierungsmehrheit erfolgen. Der nationale Ausgleich kann nicht dadurch vorbereitet oder gar durch-

geführt werden, daß sich deutsche Parteien als Rothelfer und Lückenbüßer verwenden lassen, er kann kein Austauschobjekt für die Bewilligung neuer Steuererlasse und für die Bewilligung bei der Drosselung parlamentarischer Freiheiten bilden. Er kann nicht auf Schleichwegen eingeschmuggelt, muß auf ehrlicher Bereitwilligkeit beider Vertragsparteien fundiert werden. Die deutschen Zollparteien bauen „mutig und furchtlos“ auf Sand.

Die wahren Gründe, welche die Deutschbürgerlichen bestimmen, ihre ganze Vergangenheit und alle ihre feierlichen Versprechungen über Bord zu werfen, sind anderer Natur. Sie wittern reaktionäre Morgenluft, und Landbündler wie Christlichsoziale und Gewerbe- und Landwirtepartei sehen den Augenblick gekommen, wo sie in Gemeinschaft mit dem Bürgertum der anderen Nationen ein Stück ihrer reaktionären wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ideale verwirklichen können. Der internationale Zusammenschluß der Bourgeoisie ist die Folge des Wahlergebnisses vom November des Vorjahres. Sie hat gestiftet und sie will diesen Sieg für ihren Profit, für die Verstärkung ihrer Macht ausnützen. Das und nichts anderes ist es, was das Bürgertum zusammenreibt. Die deutschen Zollparteien sollten wenigstens „mutig und furchtlos“ dies einbekennt und nicht schwindelhafte nationale Motive vorschützen, die sie durch ihren Verrat in schändlichster Weise bejubelt haben.

Das Gesetz wirkt bereits seine unheilvollen Schatten voraus, da heute schon, lediglich verursacht durch die Einführung der Vorlage, die Lebensmittelpreise steigen. Und nun stellen Sie sich vor, was erst werden wird, wenn dieses Gesetz in Kraft treten wird!

Uns werden Sie nicht damit beruhigen, daß man in einem Atem mit dem Gesetz zugleich nach dem Staate ruft, damit er Maßnahmen gegen Wucher und Teuerung ergreife. Die Bevölkerung weiß zur Genüge, was sie von dem staatlichen Eingreifen gegen Wucher und Teuerung zu halten hat.

Wir stehen vor einer scharfen Wirtschaftskrise und jetzt kommt dieses Gesetz, welches die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie jährlich um 1500 bis 1600 K verteuert, so daß der Arbeiter, da er nicht mehr verdienten kann, direkt mit seiner Familie hungern müssen. Es ist wohl möglich, daß bei einer guten Ernte die Teuerung nicht gleich sichtbar werden wird, auswirken aber wird sie sich bestimmt im Winter, längstens im Frühjahr.

Genosse Rejzl besaß sich nun ausführlich mit dem Verhalten der deutschen Zollparteien, namentlich die Merkmalen und ihrer Presse, die der Wählerchaft ihre plötzliche Schwendung zur Regierungspolitik nun mit allen möglichen lächerlichen Gründen zu bemänteln suchen.

Das Zollgesetz wird auch einen ungünstigen Einfluß auf den Abschluß von Handelsverträgen haben und gerade die „Schüler“ dieses Staates machen sich keine Skrupeln daraus, durch diese verkehrte Wirtschaftspolitik direkt die Grundlagen dieses Staates zu untergraben.

Durch diese unsinnige Hochschulpolitik wird es mit der Zeit so weit kommen, daß die Industrie verlernt werden, denn die durch unsere Zölle betroffenen Staaten werden sich sicher revanchieren.

Dann wird sich unsere Industrie direkt auf den Inlandsbedarf einschränken müssen und das würde bedeuten, daß 3 bis 400.000 Arbeiter brotlos werden.

Aber auch die unmittelbaren Folgen dieses Gesetzes werden verhängnisvoll sein.

Was die Zölle der konsumierenden Bevölkerung kosten werden,

erhält aus den Schätzungen des Finanzministers, daß die Zölle allein dem Staate eine Viertelmilliarde einbringen werden. So kann man bestimmt damit rechnen, daß der Konsum mit dem Fünft- bis Sechsfachen dieses Betrages belastet werden wird. Und da wollen die Agrarier beweisen, daß sich die Zölle überhaupt nicht auswirken brauchen!

Nach Schaffung dieses Gesetzes werden Sie, meine Herren von der Zollseite, eine Bewegung erleben, die sich durch alle Gänge dieses Reiches fortplant und Ihnen viel zu schaffen machen wird; schon jetzt demonstriert unsere Arbeiterklasse bereits überall im deutschen Gebiet gegen diese Zuckerzölle. Es wird Ihnen nicht so leicht vergehen!

Glauben Sie nur ja nicht, daß Sie pochend auf die heutigen Nachverhältnisse, treiben können, was Sie wollen. Es kann nicht ausbleiben, daß bei der nächsten Gelegenheit die Arbeiter, die diese Lasten nicht tragen können, sich zur Wehr setzen und daß so die neuen Zölle

Schwere wirtschaftliche Kämpfe,

Streiks und Aussperrungen, kurz eine schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens zur Folge haben werden.

Wir predigen heute freilich nur tauben Ohren. Das Zollgesetz wird nicht mehr abgewehrt werden können.

Unsere Aufgabe aber wird es sein, die Bevölkerung aufzuklären, die sich bei den letzten Wahlen hat täuschen lassen.

Diese Bevölkerungsschichten bekommen dafür heute die Rechnung vorgelegt und vielleicht werden ihnen jetzt die Augen aufgehen, wozu ihre Stimmen mißbraucht wurden.

Genosse Reyzl geht sodann auf das Verlangen der Gewerkepartei ein, welche ihren Anteil für die Dienste, die sie der Zollmehrheit erwiesen hat, sofort einheimen will und nun die Ausschreibung der Lehrlinge aus der Sozialversicherung verlangt, um die geringen Beiträge zu ersparen! Es ist offenbar noch zu wenig, daß die Lehrlinge ohnedies ganz umsonst arbeiten müssen und schamlos ausgebeutet werden!

Nach einem Hinweis auf das Rotieren mit dem Fasizismus, das auch bei uns modern geworden ist, erklärt Genosse Reyzl zum Schluß:

Das vorliegende Gesetz wird zweifellos eine weitere Verelendung der Arbeiterklasse und eine weitere große Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Unsere Partei wird es sich selbstverständlich nicht nehmen lassen, zu diesem Gesetz eine ganze Anzahl Abänderungsanträge einzubringen. Wir werden im Detail bei den einzelnen Sähen nachweisen, wie unsinnig diese Zollsätze sind, wie unsinnig dieses Kompromiß ist, das zwischen der nationaldemokratischen und der Agrarpartei geschlossen wurde. Wir werden selbstverständlich gegen dieses Gesetz stimmen. (Beifall und Händeklatschen.)

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Während der folgenden Rede des Landbündlers Spitz, der die üblichen Geschichten von der Notwendigkeit des Zollschutzes für die Landwirtschaft vorbringt, kommt es zwischen unseren Genossen und den Landbündlern zu lebhaften Auseinandersetzungen, so daß die leisen Ausführungen des Redners überhaupt nicht zu verstehen sind. Besonders die Genossen Böw und Starl legen dem agrarischen Senator Puschka hart zu und diskutieren vor der Ministerbank erregt mit einigen Landbündlern, die aber bald stumm werden und sich drücken.

Als nach einer Rede des tschechischen Sozialisten Dr. Macku.

Genosse Heller

zu Worte kommt, ist von den Landbündlern und Agraristen nicht einer im Saal; sie haben recht getan, hier auszukneifen, denn Genosse Heller unterzieht das Verhalten der Agrarier und Agraristen einer vernichtenden Kritik und zeigt namentlich die Verlogenheit der agrarischen Behauptung auf, daß sie für den Abbau der Industriezölle wären. Gerade bei dieser Vorlage haben sich Agrarier und Vertreter der Industrie im Abgeordnetenhaus zusammengesetzt und in die Zollvorlage eine ganze Reihe von neuen Industriezöllen, bezw. von beträchtlichen Erhöhungen solcher Zölle aufgenommen. An Hand eines sorgfältig zusammengetragenen, auf die anwesenden Zollparteiern sichtlich höchst unangenehm wirkenden Materials weist nun Genosse Heller schlagend nach, daß bei diesen Industriezöllen auf Kunstseide, Automobile und sogar auf Kunstdünger fast überall die

Zinnbank und ihr Konzern die Hand im Spiele haben.

Wir werden uns mit diesen Ausführungen des Genossen Dr. Heller, die auf die Verhandlungen der Nationaldemokraten mit den Zollparteiern zwecks Abänderung des ursprünglichen Zollantrages ein ganz neues Licht werfen und aufzeigen, wie unsere deutschen Bauern und Agraristen die Geschäfte der Zinnbank führen, noch ausführlich zurückerkommen.

Die Sitzung wird hierauf zur Vornahme von Zuweisungen geschlossen und eine neue um 7 Uhr abend eröffnet. Die Gehaltsvorlagen sowie die Kongrua werden dem sozialpolitischen und dem Budgetausschuß mit dem Auftrag zugewiesen, bis zum Donnerstag dem Senar hierüber Bericht zu erstatten.

Es spricht noch der Kommunist Hampl, worauf die Sitzung neuerdings, diesmal für eine Stunde, unterbrochen wird, um den beiden Ausschüssen die Wahl der Berichterstatter zu den einzelnen Vorlagen zu ermöglichen. Zu Berichterstattern werden bestellt vom sozialistischen Ausschuß Jaček, Roháček, Hrejza (Gehaltsvorlagen) und Mazanec (Kongrua), vom Budgetausschuß Karas Pečka, bzw. Procházka.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kommt nach dem Senator Sture (Kom.) noch der tschechische Sozialdemokrat Dundr zu Worte, der während seiner temperamentvollen Rede öfters mit den Klinsaleuten aneinandergerät.

Nächste Sitzung morgen Dienstag drei Uhr nachmittag.

Der Generalangriff auf die Mieter.

Was den Feinden der arbeitenden Bevölkerung trotz allen Eifers in den letzten Jahren nicht gelungen ist, das will nun die Zollcoalition zustandebringen: den Abbau des Mieterschuhs. Erst Abbau der Löhne in einem Ausmaß, wodurch die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten tief unter das Vorkriegsniveau gesunken ist. Dann Erhöhung der Zölle und Verteuerung der Lebensmittel, wodurch das Lebensniveau der Arbeitenden neuerlich herabgesetzt werden wird. Und schließlich die Valorisierung der Mieten bis zum Jahre 1934, da die Mieten ungefähr 600 Prozent des Friedenszinses betragen werden. Wir stehen vor einer neuen Wirtschaftskrise, die tausende von Menschen mit Starzarbeit und Arbeitslosigkeit bedroht. Neue Steuern auf den Massenverbrauch werden beschloffen. Mehl und Brot sollen teurer werden, das Fleisch will man gänzlich vom Mittagstisch des Arbeiters verreiben. Man sollte glauben, dies sei genug. Aber nein, die bürgerlichen Zoll- und Steuerparteiern wollen die Situation vollständig ausnützen, in jeder Hinsicht soll den Menschen das Leben erschwert und zur Pein gemacht werden. Das Geldverkommen bleibt das gleiche, die Lebensmittel werden teurer, nun soll auch die Miete unerschwinglich werden. Tausende Menschen wohnen unter ganz unmöglichen, kulturwidrigen Verhältnissen, sie sollen weiter so schlecht und noch schlechter wohnen. Was nützt es ihnen, wenn gebaut wird, wenn sie neben ihrer engen, dumpfen Stube schöne, hygienische, moderne Wohnungen erstehen sehen? Sie können sich sie anschauen, aber nicht mieten, weil die Löhne so gering sind, daß die Arbeiter verhungern müßten, um eine anständige Wohnung bezahlen zu können. Fürs Leben bliebe nach Bezahlung des Mietzinses nichts übrig. 1928 beginnt die „schöne“ Zeit, da jedes Jahr der Mietzins um 50 Prozent des Grundzinses von

1914 steigen wird, bis 1934 diese Steigerung 350 Prozent betragen wird. Rechnet man die 100 Prozent des Friedenszinses und die nach dem § 29 des neuen Gesetzes gestattete Steigerung von 50, 70 und 90 Prozent (je nach der Größe der Wohnung) hinzu, dann kommt man auf einen sechsfachen Zins der Vorkriegszeit, den der Mieter vom 1. Jänner 1934 an zahlen wird. Gewiß flieht die von 1928 an eintretende neuerliche Steigerung einem Fonds zu, der dem Wohnungsbau dienen wird. Aber was nützen all die neuen, schönen Wohnungen, wenn sie der Arbeiter nicht bezahlen kann? Schon jetzt ist der Reallohn des Arbeiters geringer als 1914, da die Mieten nicht entsprechend dem gesunkenen Werte der Währung gestiegen sind. Im Falle der Aufwertung der Mieten, die in dem vorliegenden Gesetzentwurf ohne die geringste Rücksicht auf die soziale Lage der Massen der Bevölkerung durchgeführt wird, sinkt das wirkliche Einkommen der Massen noch mehr. Wenn das so weitergeht, wird das Realeinkommen der arbeitenden Klassen bald bei 50 Prozent des Vorkriegsniveaus angelangt sein.

In dem Gesetze befinden sich Bestimmungen, die darauf angelegt sind, einfach eine Katastrophe herbeizuführen. Nach § 54 des Gesetzes kann die Gemeindevertretung — mit Zustimmung der politischen Behörde zweiter Instanz — auf den Mieterzuschuß verzichten. Die bürgerlichen Mehrheiten in den Gemeindevertretungen, die dank der Unvernunft indifferenter Menschen aus den Wahlen 1923 hervorgegangen sind, werden also ganz einfach den Beschluß auf Aufhebung des Mieterzuschusses fassen, eine willkürliche politische Behörde wird sich in der Zeit der bürgerlichen Mehrheit im Parlament bereit finden, den Beschluß zu bestätigen und die von den Hausherren hinausgeworfenen Mieter können sich eine Wohnung auf der Straße suchen. Man denke nur an

den Landbündlern beherrschten Land und an jene Städte, in denen die bürgerlichen Schichten das Übergewicht haben, was da geschehen kann und welches Unglück über die armen Mieter hereinbrechen wird. Es ist, als wollte man das arbeitende Volk auf die Stufe der Bevölkerung des alten Rom bringen, von der Gajns Gracchus gesagt hat, daß die Tiere des Waldes zwar ein Obdach haben, aber römische Bürger keine Stelle, wo sie ihre Haupt niederlegen können.

Die Hauptschuld an dieser für die arbeitende Menschheit katastrophale und in ihren Folgen heute gar nicht übersehbare Entwicklung tragen jene Wähler, die ihrer Lebenslage nach zum Proletariat gehören, aber am 15. November ihre Stimme den bürgerlichen Parteien gaben. Wie viele sind auf die Argumente der bürgerlichen Parteiführer eingegangen, die Sozialisten hätten zur Zeit, als sie stark waren, versagt. Nun sieht man, was die Bürgerparteien imstande sind: Neue Steuern, höhere Zölle, höhere Mietzinsse. Nur wenige Monate sind seit den Neuwahlen vorübergegangen, aber das Bürgertum hat fleißige Arbeit geleistet. Jedes Gesetz ein Schlag für die Arbeiterklasse mitten ins Gesicht, jeder Schritt der Bürgerparteien neues Elend für die Massen der Bevölkerung. Nichts anderes braucht das arbeitende Volk jetzt und in den nächsten Monaten notwendiger als ein gutes Gedächtnis. Es muß sich alle Verbredchen, die die bürgerlichen Parteien an seinem Leib und Leben verüben, gut merken. Und die nächsten Wahlen werden im Strafgericht werden müssen, wie es das arbeitende Volk an einem Wahltage bereits gehalten hat. Die große Aufgabe unserer Partei aber ist es, jetzt hinauszugehen unter die deutsche Bevölkerung dieses Staates und die Menschen aufzuklären, was an ihnen verbredchen werden soll. An die Arbeit, Genossen!

Inland.

Fasizistenrummel in Brünn.

Brünn, 21. Juni. Für heute abends hatte die nationaldemokratische Partei eine Versammlung einberufen, für deren Besuch große Neugier gemacht worden war. Die Versammlung, welche im größten Saale der Stadt, im Stadion stattfand, war sehr stark besucht, allerdings zur Hälfte von Sozialisten — und Kommunisten. Als die Einberufer zu Beginn der Versammlung die Wahl eines Vorsitzenden ablehnten, kam es zu furchtbaren Särmereien. Die beiden Redner, die Führer des fasizistischen Flügels der nationaldemokratischen Partei — Sis und Dr. Kerner aus Prag — übertrafen die üblichen nationalistischen Gemeinplätze noch um ein Beträchtliches. So sagte Sis, die Deutschen gehören nicht in die Regierung, sondern ins Kriminal. Die Redner wurden durch Zwischenrufe beständig unterbrochen. In besondere Verlegenheit wurden die Veranstalter der Versammlung gebracht, als die Kommunisten Hochrufe auf Masaryk ausbrachten. Die umliegenden Straßen und Plätze waren von herritender Polizei abgesperrt. Zu Zusammenstößen ist es auf der Straße bis zur Stunde — 11 Uhr nachts — nicht gekommen.

Die Provokation mit dem § 57 will nicht aufhören.

Anwendung der Paragraphen gegen die sozialistischen Abänderungsanträge zur Kohlensteuer.

Prag, 21. Juni. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses verhandelte heute nachmittag das Gesetz über die Ermäßigung der Kohlensteuer. Der Finanzminister erklärte, die Herabsetzung der Kohlensteuer um zirka 60 Millionen sei mit Rück-

Aus dem Titelbild von Richard Br... ..

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

44 Von Jiri Paulmann.

„Lieber Bruder — ich hab' einen Agather, bedene nur, eine falsche Agatherine — willst du dich nicht moralisch stärken?“ entgegnete geistesgegenwärtig der beherzte Unteroffizier.

„Verzeih“, Bruder, gib her, ich dachte, es sei ein Feind!“ entzündete sich der Posten. Rasnamordhi trat näher, in der Hand einen Gegenstand, den man in der Finsternis nicht erkennen konnte, und als der nichtsahnende Posten die Wange hinhielt, um die gewöhnliche Los-Moral zu erhalten, kam aus dem Gegenstand statt des erwarteten Punkens ein Dum-Dum-Geschloß hervor und streckte den Vertrauensseligen auf der Stelle nieder. Der schlaue Jugsführer hatte nämlich nicht einen Agather, sondern einen sechs-schüssigen Browning in der Hand gehalten.

Das goldene Kriegskreuz I. Klasse am blauen Bande war sein wohlverdienter Lohn.

Ein treuer Diener. Der Soldat des Inf.-Reg. Nr. 102, Schweif, war seit Beginn des Krieges dem Major Edler v. Rabby-Adt als Offiziersdiener beigegeben und begleitete seinen Herrn auf allen Kriegsschauplätzen, wohin er im Dienste berufen wurde.

Eines Tages jedoch traf den tapferen Major ein heftiges Mißgeschick. Bei den blutigen Kämpfen um Cote 233 stellte er sich selbst an die Spitze seines Regiments und führte es persönlich gegen die dichtgedrängten feindlichen Massen. Rechts und links kräftige Hiebe ansteilend, drang er tief in die feindlichen Reihen ein und ging immer weiter vor, wobei er in der Hitze des Gefechtes vergaß, daß er die eigenen Sol-

daten weit hinter sich gelassen habe. — Und so geschah es, daß er mit einem Male von allen Seiten von Feinden umzingelt war und trotz heldenhaften Widerstandes entwaffnet und gefangen genommen wurde. Vergebens versuchte der treue Diener, sich einen Weg zu dem geliebten Herrn zu bahnen. Die Feinde benützten die eingebrochene Dämmerung zu einem schnellen Rückzuge und auch unsere Truppen zogen sich in ihre Stellungen zurück. Der unglückliche Schweif blieb allein auf dem Kampfsplatz zurück, ratlos vor sich hinstarrend und den Verlust des gütigen Vorgesetzten bitterlich beweined.

Aber plötzlich erleuchtete eine geheimnisvolle Eingebung sein Denken, als er die Leiche eines feindlichen Offiziers vor sich erblickte. Schnell entschlossen zog er dessen neue, ganz unverfälschte Uniform an und betrat furchtlos die feindlichen Linien. Er kam eben in dem Augenblicke, als ein Leutnant dem Regimentskommandanten den kostbaren Kruz übergab und die Bitte ausdrückte, ihn ins Internierungslager abführen zu dürfen.

„Keineswegs, Herr Oberst, ich selbst habe jenen Major gefangen genommen!“ mißachte sich der gefaschelte verkleidete Diener, ohne die Gefährlichkeit seines Beginnes zu bedenken, in das Gespräch.

Der Leutnant bestritt es zwar, aber Schweif beharrte bei seinem Ausspruch und ein rasch berufener Offizierschrenrat einigte sich schließlich dahin, daß die Sache auf der Stelle durch ein Duell ausgetragen werden solle.

Die Begeisterung ließ dem treuen Diener übernatürliche Kräfte und machte seine Ungeübtheit in der edlen Fechtkunst weit. Schon im zweiten Gange erhielt der Leutnant eine blutige Siebwunde in die linke Ohrmuschel und mußte für kampfunfähig erklärt werden. Mit siegreichem Lächeln auf den Lippen führte nach einer Weile Schweif den „Gefangenen“ weg, aber keineswegs ins Internierungslager, sondern direkt in die

eigenen Schützengraben, wo er sich ihm zu erkennen gab und lachend den ganzen abenteuerlichen Vorfal erzählte.

„Ich bleibe für ewige Zeiten dein Schuldner, lieber Schweif,“ dankte mit Tränen in den Augen der befreite Major, „aber obwohl mir das Herz blutet, kann ich doch nicht die schwere Übertretung ungestraft lassen, die du dir, wenn auch wider Willen, hast zuschulden kommen lassen. Wie konntest du dich unterstehen — Ungläublicher! — du, eine Mannschafsperson — dich mit einem Offizier, sei es auch mit einem feindlichen, zu duellieren?! Lieber Freund, obwohl ich am liebsten „Habt Acht!“ vor dir stehen und dir wie einem Vorgesetzten die Ehrenbezeugung leisten möchte, befiehlt mir dennoch eine höhere, unerbittliche Pflicht, dich wegen arober Verletzung der Offiziersstandesehre einem Feldgerichte zu übergeben. . . Verzeih, mein guter Junge, aber du kennst ja selbst die militärischen Vorschriften und weicht: Befehl ist Befehl!“

Am nächsten Tage führte man den zum Tode verurteilten Schweif auf den Richtplatz. Der gutberzige Major weinte dabei wie ein Kind, raufte sich die Haare, schluchzte verzweifelt und beruhigte sich erst, bis man dem treuen Diener in Sarge das große, silberne Kreuz am roten Bande, das er sich so ehrlich verdient hatte, an die Brust heftete. . .

Eine Krankenschwester, wie sie nicht sein soll. Nicht nur nachahmenswerte, sondern auch abschreckende Beispiele müssen hier verzeichnet werden:

Die große Wohlthäterin der Verwundeten, Miß Mary Chrysoptas, kam nach Laubenzstadt, um hier die gewöhnliche Inspektion des Hauptlazarettes vorzunehmen. Die Oberchwester, Baronin Di Salts, führte sie durch das ganze musterhaft eingerichtete Krankenhaus; als sie zur Gefangenenabteilung gelangten, eröffnete sie der

menschenfreundlichen Vorgesetzten, sie wollte sich offenbar ihrer (freilich falschen) Humanität rühmen, daß die Eirenophoren die gleichen Vorteile genießen wie die eigenen Verwundeten, ja, daß man sogar mit ihnen im Subviller Dialekt rede.

Das gütige Antlitz der jungen Miß verfinsterte sich bei diesen Worten; ohne eine Antwort zu geben und ohne sich zu verabschieden, verließ sie das Krankenzimmer, bestieg ihr Automobil und fuhr in ihr Nordviller Palais zurück. Am nächsten Tage kam vom Oberkommando ein Befehl, mit welchem das sonderbare Lazarett aufgelöst, seine „menschenfreundliche Oberchwester“ des Amtes entbunden und das gesamte Personal augenblicklich entlassen wurde — auch die Humanität hat ihre Grenzen.

Hoher Besuch. Der 28. September wird für immer in der Geschichte der ruhmreichen 26. Temperenzler-Division ein Gedenktag bleiben. Der jugendliche Präsident kam nämlich selbst zu ihr auf Besuch, um persönlich die selbständigen Einrichtungen in Augenschein zu nehmen und durch seine Anwesenheit die Stimmung der wackeren Truppen zu beleben, die ihrem allerhöchsten Herrn ohnedies grenzenlos ergeben waren und mit kindlicher Liebe an ihm hingen. Ohne der drohenden Gefahren zu achten — seine ganzen 15 Kilometer weiter tobte eine heftige Feldschlacht — durchschritt der hohe Gast in Begleitung . . . es folgten vierzig mit Namen und vollem Titel der ihn begleitenden Würdenträger ausgefüllte Zeilen . . . die Schützengrabenslinien, erkundigte sich über Zweck und Konstruktion einzelner technischer Einrichtungen und folgte mit Interesse den sachmännischen Erklärungen des Obersten im Generalstab Edl. v. Reifhaus. Ja, er unterhielt sich sogar freundschaftlich mit einigen Mannschafspersonen und verfaunte nicht, bei verschiedenen Gelegenheiten sein eigenes Urteil abzugeben.

(Fortsetzung folgt.)

sicht auf die Neueinnahmen aus den Zöllen mög- lich und sie sei auch notwendig, weil der Kohlen- export von Monat zu Monat sinke. Bei der Ab- stimmung wendete der Vorsitzende jedoch gegenüber den sozialistischen Änderungsanträgen wieder den beruhigenden Paragraph 57 der Geschäftsord- nung an, um diese Anträge in einem Ablehnen zu können. Daraufhin stimmten die sozialistischen Parteien zum Protest gegen die Vorlage.

Nationaldemokratische Sabotage unserer par- lamentarischen Anträge. Vor Beginn der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses urgierte Ge- nosse Dr. Czoch dem Vorsitzenden, dem Aeri- kalen Dr. Miesera, den vom Klub der deutschen Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf Ab- änderung einiger Bestimmungen der Ge- schäftsordnung. Genosse Dr. Czoch zeigte auf, daß dieser Antrag, der bereits am 25. Februar dem Ausschusse zugewiesen und hier dem Natio- naldemokraten Dr. Sain ins Referat zugewiesen wurde, seither einfach liegen blieb, während eine ganze Reihe von weit später eingebrachten, ja zum Teil sogar in den letzten Tagen überreichten Anträgen in kürzester Frist verhandelt wurden. Diese ungleiche Behandlung muß geradezu als systematische Sabotage aller deutschen sozialdemokratischen Anträge durch die Mehrheit bezeichnet werden, wobei sich besonders Herr Dr.

Sain zum Spezialisten für die Abwägung un- terer Anträge entwickelt hat. Genosse Dr. Czoch verlangte entschieden die sofortige Abstellung dieses Unfalls, worauf der Vorsitzende zusagte, daß er die Angelegenheit sofort prüfen, vom Referenten den Bericht abverlangen und das Ergebnis unserem Klub mitteilen wird.

Die Wahlordnung in die Krankenkassen. Wie die „Narodni Politika“ meldet, besteht die Regie- rungsverordnung, in welcher die näheren Bestim- mungen über die Wahlen in die Krankenkassen festgesetzt werden, aus 112 Paragraphen. Die Delegierten für die Generalversammlung der Kassen werden durch persönliche Abstimmung ge- wählt und zwar entsprechend den eingebrachten Kandidatenlisten. Diese Kandidatenlisten müssen bei Kassen, die weniger als 10.000 Mitglieder haben, von 20, bei denen die mehr als 10.000 Mitglieder haben, von 50 Versicherter unterschrie- ben sein. Die Kandidatenliste muß dem Vorsitzen- den der Wahlkommission spätestens am 15. Tage vor der Wahl überreicht werden. Wenn nur eine Kandidatenliste überreicht wird, findet eine Wahl nicht statt. Die Wahl wird mit Hilfe von amtlichen Wahlurkunden durchgeführt. Die Unternehmer müssen am Wahltag die Arbeitszeit so festsetzen, daß die Arbeitnehmer ihrer Wahlpflicht nachkom- men können. Die Mitglieder des Vorstandes der Kassen werden auf vier Jahre gewählt.

Das Ergebnis des Volksentscheids.

Die notwendige Anzahl von Wählern nicht erschienen. — 14 1/2 Millionen für die Enteignung der Fürsten.

Berlin, 21. Juni. (Eigenbericht.) Nach den vorläufigen Ergebnissen der Abstimmung über die Fürstenteignung sind von 39.699.559 Wahlberech- tigten insgesamt 15.585.719 Stimmen abgegeben wor- den. Davon haben 14.441.519 mit „Ja“ gestimmt, 584.732 Stimmen haben auf „Nein“ gelautet, 559.406 Stimmen waren ungültig. Die notwendige Anzahl von Wählern ist also nicht an der Urne erschienen, der Antrag auf entschädigungslose Entei- gnung der früheren deutschen Fürsten ist also nicht Gesetz geworden.

Trotzdem kann das Ergebnis ohne Hebertreibung als ein Erfolg der Linksparteien angesehen werden, dessen Wirkung sich bei den weiteren poli- tischen Kämpfen noch zeigen wird. Bei der Würdi- gung des erzielten Resultates muß man berücksichti- gen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten, die al- lein für die entschädigungslose Enteignung der Für- sten eintraten, bei den letzten Reichstagswahlen am 7. Dez. 1925, 366 Stimmen erhalten haben. Für den Volksentscheid haben also um vier Millio- nen mehr gestimmt. Die Mehrzahl dieser Wähler kommt aus dem Lager der Rechtsparteien, besonders in den großen Städten sind Anhänger der Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen nach links abge- rückt. In Weiskalen und in der Rheinprovinz haben viele Zentrumswähler mit „Ja“ gestimmt, obwohl die Zeitung ihrer Partei dagegen war. Noch günstiger wäre das Ergebnis gewesen, wenn die Rechtsparteien nicht die Parole der Wahlenthaltung ausgegeben hät- ten, denn dadurch wurde die Abstimmung eine öffent- liche. Wer die Verhältnisse in den kleinen Orten und am ländlichen Lande kennt, weiß, daß es Millionen von wirtschaftlich abhängigen Menschen unmöglich gewesen ist, ihrer Hebertreibung zu folgen und sich an der Abstimmung zu beteiligen. Zu dem Terror der Rechten kam noch die Hilfe der Kirchen. Die katholischen Bischöfe hatten Ordensbriefe erlassen, in denen die Enteignung als Diebstahl bezeichnet wurde und auch die evangelische Kirche hatte sich schließend vor die Fürsten gestellt. Wenn man dies und die mit Aufwand gewaltiger Geldsummen betriebene Agita- tion der Rechtsparteien berücksichtigt, dann sind 14,5 Millionen „Ja“ ein wahrhaft großer Erfolg, welcher in erster Linie der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit zu danken ist. Mag also auch das sachliche Ergebnis der Abstimmung nicht be- friedigen, da mit der willigen Enteignung nicht zu rechnen ist, so muß festgestellt werden, daß die So- zialdemokratie als Führerin im Kampfe an politi- scher Stellung und Schlagkraft ganz außerordentlich gewonnen hat.

heren Zusammenstößen es nur in der Höhe-straße, wo die Kommunisten von einem Lastauto aus Aufsprachen hielten. Bei einer an- schließenden Prügelei wurden vier Personen leicht verletzt. Die Polizei säuberte die Straße.

Republik und Arbeiterschaft geklärt.

Berlin, 21. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt:

Wäre Berlin das Reich, so könnten sich die Fürsten heute mit ihren Ansprüchen vaden. Das Berliner Resultat ist überwälti- gend; die erdrückende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung hat mit Ja gestimmt. Berlin ist nicht die ganze deutsche Republik, aber Berlin schließt die ganze deutsche Republik gegen die Fürstenteigene, die Putschpostel, gegen jeden, der es wagen sollte, an die Republik zu rühren. Die Frage bleibt offen, ob die erforderlichen 20 Mil- lionen hätten erreicht werden können, wenn es jedermann freigestanden hätte, zu stimmen, wie ihm sein Gewissen vorschrieb. Aus dem Lande, in kleinen Städten, in ganzen Provinzen, in denen die reaktionäre Vorherrschaft noch nicht gebrochen ist, hat der Terror gesiegt. Zu der Zahl der Ja-Stimmen sind demnach noch die Millionen zuzurechnen, die wegen Zwanges nicht abgegeben werden konnten. Diesen Millio- nen wird bei den nächsten Reichstagswahlen Ge- legenheit gegeben sein, Nebanche zu nehmen. Der Kampf geht im Reichstage weiter. Es steht nur fest, daß die Fürsten nicht ent- schädigungslos enteignet werden. Wie- viel sie erhalten sollen, darüber entscheidet jetzt der Reichstag. Die Republik und die Ar- beitererschaft gehen gestärkt aus dem Kampfe hervor. Es liegt nicht der geringste Grund für uns vor, die Waffen des Volksent- scheides enttäuscht in die Ecke zu stellen, weil der erste Sieg nicht gleich den vollen Sieg ge- bracht hat.

Der Kompromißvorschlag soll Gesetz werden.

Berlin, 21. Juni. (Wolff.) Nach dem am- tlichen Gesamtergebnis haben 36,3 Prozent Stimmberechtigte bei dem Volksentscheid mit Ja gestimmt. Für die Annahme des dem Volksent- scheid zugrunde liegenden Gesetzentwurfes über die vollständige Enteignung der ehemals regierenden Fürstenthümer wäre es notwendig gewesen, daß über 50 Prozent Stimmberechtigte sich dafür aus- gesprochen hätten. Der Volksentscheid ist also negat- iv ausgefallen.

Nach diesem Ergebnis wird nunmehr die Reichsregierung, wie bereits in den letzten Tagen der Reichstages, der Reichsaußenminister und der Reichsinnenminister wiederholt erklärt haben, sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß der von der Regierung in Zusammenarbeit mit dem Reichstag in den letzten Monaten ausgearbeitete Kompromißvorschlag vom Reichstage zum Gesetz erhoben wird. Dieser Vergleichsvor- schlag sieht die Einsetzung eines Sonder- gerichtes vor, durch das unter weitestgehender Berücksichtigung der finanziellen und wirtschaftli- chen Lage der einzelnen Länder die Abfindungs- frage von Fall zu Fall geregelt werden soll.

Zusammenstöße.

Berlin, 20. Juni. Die Abstimmung über den Volksentscheid ist in Berlin selbst ohne Ruhestörun- gen verlaufen, dagegen werden aus Halle und Magdeburg Zusammenstöße zwischen Stahlhel- mern und Rotenfrontkämpfern gemeldet. In Am- mendorf bei Halle fanden Zusammenstöße statt, wobei Stahlhelmlente und 3 Kommunisten verletzt wurden. In Magdeburg wurden drei Stahlhel- mern von roten Frontkämpfern schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus überführt werden muß- ten. In beiden Fällen konnte die Polizei durch rasches Eingreifen weitere Zusammenstöße ver- hindern. Auch aus G. ö. r. l. i. werden ähnliche Schlägereien gemeldet. In A. ö. l. n. ist der Abstim- mungstag im allgemeinen ruhig verlaufen, zu grö-

lich im Kampfe gegen die Dynastie, und das heißt im Kampfe für die Republik und gegen die Reaktion stehen. Diese vierzehneinhalb Mil- lionen, das sind diejenigen, die sich weder durch Terror noch durch die Drohungen der monarchistischen, antrepublikanischen Anhänger davon abhalten ließen, mit Ja zu stimmen. Ohne diesen Terror wären zweifellos die notwendigen 20 Millionen Stimmen aufgebracht worden. Man muß sich vor- stellen, was es in gewissen Gebieten des deutschen Reiches und für viele Bürger bedeutete, daß das Wahrecht nicht geheim war und daß jeder, der zur Abstimmung erschien, mit 99prozentiger Ge- wissheit als offener Republikaner stigmatisiert war, da ja die Freunde der Fürstenabfindung die Parole der Wahlenthaltung ausgegeben hatten. Dazu kommt, daß die Gegner der Fürstenabfindung mit den rückständigsten Mitteln bekämpft wurden, daß ihre Propaganda unterbunden war, daß heillos- weise vielfach Plakatierungsanstalten ihnen nicht genehme Texte von Anrufen und Plakaten zurück- gewiesen oder wenigstens doch zu zensurieren sich er- dreisten. Der Hindenburgbrief, dieses famo- se Handgeschriebenes eines noch famoserer repu- blikanischer Staatsoberhauptes, hat sicherlich auch auf Hunderttausende seinen Eindruck nicht verfehlt und Hunderttausende sind sicherlich auch dem demagogi- schen Schlagwort der Fürstenteigene unterlegen, die den Willen zur Enteignung der gekrönten Häupter als Anfang vom Ende des Privateigentums über- haupt erklärten.

Es hat wenig Sinn, heute, nach der Entschei- dung, die Gegenargumente und damit auch jenes hervorzuheben, daß in Oesterreich und in der Tschechoslowakei nach dem Umsturz mit dem Besitz der Fürsten kurzer Prozeß gemacht wurde, ohne daß man damals schon die Zeit für gekommen gehalten hätte, die Art an die Wurzel des Privatbesitzes zu legen. Aber das eine kommt uns heute wieder zu Bewußtsein und darf wohl ausgesprochen werden, daß die deutschen Revolutionäre von 1918 es damals eben versäumt, ganze Arbeit zu verrichten, und daß sie darum nicht ganz unschuldig daran sind, wenn heute unter ganz anderen und schwierigeren Ver- hältnissen der erstarrte Wille nicht beim ersten An- sturm liegen konnte.

Trotz alledem aber ist der Ausfall der Abstim- mung imponant und seine günstige politische Aus- wirkung steht wohl außer Zweifel. Man bedenke doch, was vierzehneinhalb Millionen Stimmen, für eine einzige Sache abgegeben, bedeuten, zumal wenn auf der anderen Seite die Gegenzahl fast vollkommen fehlt! Stände die deutsche Volksabstimmung unter Zwangsang oder hätten auch nur wenigstens die Rechtsparteien nicht Wahlenthaltung gefordert, so würde sich zeigen, daß die erdrückende Mehrheit der Abstimmenden auf Seite der Abfindungsgegner steht. So, als absolute Zahl, sind die 14 Millionen ein Votum, das wohl einzig in der bisherigen poli- tischen Geschichte aller Staaten dasteht und ein Be- weis dafür, daß der republikanische Gedanke in Deutschland unbezwingbar besteht wie ein eherner Turm. Der mächtige Pfeiler, den die Millio- nen republikanischer Stimmen in der Reichshauptstadt Berlin darstellen, sind weitere Gewähr dafür, daß für die Fürsten, auch wenn es ihnen heute noch gelingt, dem Volks- körper Milliarden zu erpressen, in Deutschland die Zeiten ein für allemal vorbei sind.

Die subdeutsche Arbeiterschaft, die mit ihren Gefühlen und Gedanken bei den vierzeh- neinhalb Millionen steht, genöß bei diesem Entsch- eid einen überaus lehrreichen Anschauungsunterricht: Großagrarien und Christlichsoziale (diese mit Ausnahme ihrer proletarischen Mitglied- schaft) waren und sind im Reich in der Führung für die Fürstenabfindung, für die Befestigung der davongefagten oder davongelaufenen Herrscher auf Kosten des arbeitenden Volks; es sind das dieselben Parteien, die zur gleichen Zeit bei uns mit Zöllen und Kongrua das Volk, „ihre“ gestiebte deutsche Nation, ausplündern! Gegen sie bei uns wie im Reich, erhebt sich einmütig das Proletariat. Das ist die Wirkung der Reaktion, die ihr am gefährlichsten wird.

Telegramme.

Antelen Unterrichtsminister.

Graz, 21. Juni. (N.) Landeshauptmann Dr. Rintelen hat auf Grund der ihm in der heutigen Beratung der christlichsozialen Partei erteilten Ermächtigung abends dem Bundeskanzler Dr. Ramel telephonisch mitgeteilt, daß er bereit ist, das Portefeuille des Unterrichtsministers zu übernehmen.

Die französische Regierungsbildung.

Vor einem Kabinett Briand-Poincaré.
Paris, 21. Juni. (F. B.) Der desig- nierte Ministerpräsident Briand hat seine Be- ratungen heute vormittags um halb 10 Uhr mit einem Empfang des ehemaligen Ministerpräsi- denten Poincaré, mit dem er fast anderthalb Stunden konferierte, begonnen. Wie allgemein ver- sichert wird, hat Briand Poincaré in seiner neuen Kombination das Finanzministerium ange- boten und mit ihm vor allem das Finanz- problem und Finanzprogramm beraten. Poincaré fuhr von Briand zum Vorsitzenden des Finanz- expertenausschusses und hierauf zu dem gewissen Finanzminister Peret.

Briand bestätigte mittags den Journalisten, daß Poincaré in seinem neuen Kabinett auch dies- mal zur Mitarbeit bereit sei. Was die Kabinetts- bildung betrifft, erklärte Briand: Ich habe meinen Standpunkt nicht geändert. Ich will ein Kabinett der republikanischen Konzentration bilden und ich will zeigen, daß die rein politischen Fragen in den Hintergrund treten und daß man

Rundfunk für Alle!

Fünftierel Millionen Rundfunkteilnehmer in Deutschland. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer im Reich ist im Mai um 25.677 gestiegen, so daß am 31. Mai im Deutschen Reich 1.262.743 Rundfunkhörer vorhanden waren. Die Reichshauptstadt bezw. der Sendebereich Berlin-Stettin marschiert wieder an der Spitze mit 7442 Neuanmeldungen. Die Gesamtzahl der Hörer des Berliner Senders beläuft sich damit auf 540.022. Die Norag (Hamburg-Bremen-S Hannover-Niel) hat jetzt 165.473, Leipzig-Dresden 131.423 Teilnehmer.

Programm für morgen Mittwoch.

Frage, 268. 11.30: Landwirtschaftlicher Rundfunk und Presse- nachrichten. 12: Zeitungs- und Pressemeldungen. 12.30: Rad- iomittagskonzert des R. -Senders. 1.30: Amerikanisches Interessa- bolle. 2.30: Musik: Die Räder. Amerikanisches Interessa- bolle. 3.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 4.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 5.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 6.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 7.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 8.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 9.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 10.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 11.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 12.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 13.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 14.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 15.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 16.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 17.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 18.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 19.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 20.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 21.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 22.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 23.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 24.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 25.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 26.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 27.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 28.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 29.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 30.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben. 31.30: Rädermusik: R. -Senders: Wir werden leben — wir werden leben.

eine Regierung aus Personen bilden kann, die zwar in ihren politischen Ansichten abweichen, aber in ihrer wirklich republikanischen Gesinnung einig sind. Diese Eigenschaft kann man, ich beharre darauf, Poincaré nicht abstreiten. Wir werden einen Ausgang aus der heutigen schwierigen Lage suchen, die ich, wie wohl sie sehr ernst ist, nicht als unförsar ansehe, wenn sie nicht durch Politisieren kompliziert wird.

Briand nahm hierauf das Diner mit mehr-eren gewissen Ministern seines letzten Kabinettes, vor allem mit Laval, Durand, Painlevé, Leygue, Perrier und Danielou ein. Es wird behauptet, daß Briand diese Minister in sein neues Kabinett über- nehmen werde. Von neuen Persönlichkeiten wird Le Trocquer, der Führer der kürzlich gebilde- ten unabhängigen Linken, genannt, gegen dessen Zuziehung in eine Kombination Herrriots die So- zialisten protestiert haben.

Poincaré konferierte nachmittags zweimal, immer länger als eine Stunde mit Briand. Er erklärte, er stehe Briand immer zur Disposition und werde mit ihm heute abends noch eine Kon- ferenz haben. Gegen abend verlaute, daß Poin- caré trotz seiner Bereitwilligkeit, in ein Kabinett Briand einzutreten, einem anderen Ressort als dem Finanzministerium den Vorzug gibt und daß Briand an Doumer denkt, der schon im achten Ka- binett Briand Finanzminister war.

Um 19 Uhr begab sich Briand zum Präsi- denten der Republik ins Elyséepalais, um ihm über das Ergebnis seiner Verhandlungen zu referieren. Er erklärte, daß er Poincaré um halb 22 Uhr abermals empfangen werde.

Eine Tagung der sozialdemokratischen Par- teien Lettlands, Estlands und Litauens. Die so- zialdemokratischen Parteien Lettlands, Estlands und Litauens veranstalteten den 19., 20. und 21. Juni in Riga eine Konferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Die gegenseitige Information über die politische und ökonomische Situation Estlands, Litauens und Lettlands und über die Lage und Bewegung der Arbeiterklasse dieser Staaten. 2. Die Sicherung des Friedens in Ost- europa im allgemeinen und die Garantie — und die Neutralitätsverträge der Baltischen Staaten mit Sowjet-Rußland. 3. Die Klagen der ehemali- gen Großgrundbesitzer über die Agrarreform in Lettland, Estland und Litauen an den Völk- erbund. 4. Die ökonomische Annäherung Estlands, Lettlands und Litauens im allgemeinen und die Zollverträge, resp. Zollunion im besonderen.

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Zurer Ausbeuter In die Hand des Ar- beitlers das Arbeiterblatt.

Devilensurle.

Prager Kurse am 21. Juni.

Gold	Wort
100 holländische Gulden	1357,75. — 1368,75. —
100 Reichsmark	809,50. — 807,50. —
100 belgische Franks	97,05. — 98,45. —
100 Schweizer Franks	654,25. — 657,25. —
1 Pfund Sterling	164,10. — 165,90. —
100 Lire	121,92,50 123,82,50
1 Dollar	37,70. — 38. —
100 französische Franks	96,55. — 97,95. —
100 Dinar	59,70. — 60,20. —
10.000 ungarische Kronen	4,89,25 4,79,25
100 polnische Zloty	317. — 328. —
100 Schilling	478,75. — 479,75. —

Verfolgung gewerkschaftlicher Vertrauensmänner. Die das „Ceste Slovo“ erfährt, hat auf Geheiß des Ministeriums des Innern die Gerichtsbehörde von Wenedi in Karpathoruhland die Strafuntersuchung gegen einige gewerkschaftliche Vertrauensmänner eingeleitet und zwar deswegen, weil diese Sammlungen für die streikenden englischen Arbeiter veranstaltet haben. Gendarmerie kam in die Wohnungen der Funktionäre der Jednota, der tschechisch-nationalsozialistischen Eisenbahnerorganisation in Wosoweh und untersuchte, wer den betreffenden Vertrauensmännern die Sammelkosten eingeschickt habe, wieviel Geld gesammelt worden ist und was mit dem Gelde geschehen ist. Die Gendarmen drohen den Funktionären mit einer Strafverfolgung. Der Fall hat in den Kreisen der Eisenbahner in Karpathoruhland beträchtliches Aufsehen erregt. Mit der Angelegenheit wird sich der Abgeordnetenkreis der tschechischen nationalsozialistischen Partei befassen.

Sensation mit der Kompensation. Seit wenigen Wochen erscheint in Prag ein neues Montagblatt, das sich „Der Morgen“ nennt und dessen Ziel auf der Spekulation mit der Sensationsgier des deutschen Kleinbürgerlichen Publikums der Hauptstadt aufgebaut ist. Der Hauptstapler der gestrigen Nummer besteht in einer Meldung von „deutscheschischen“ Ausgleichsverhandlungen. Das Blatt hat einerseits aus der bekannten „zuverlässigen Quelle“, die bei solchen Anlässen zuverlässig immer zitiert wird, bereits erfahren, daß die deutschen „aktivistischen“ Parteien für die Zoll- und Kongruenz-Attente richtigergehende „Kompensationen“ erhalten werden, andererseits aber kann es mit näheren Details noch nicht aufwarten. Der „Morgen“ weiß natürlich alles, aber er darf nichts sagen. Die „ersten nationalpolitischen Verhandlungen“ sind zwar „streng vertraulich“, dennoch aber weiß wiederum der „Morgen“, daß sie sich um Bodenreform, Beamten- und Schulangelegenheiten „drehen“. Kommt was dabei heraus, so hat sich der „Morgen“ die Liebe der aktivistischen Parteien gesichert, die sich schon irgendwie wird „aktivistisch“ ausnützen lassen; und kommt nichts dabei heraus — nun so bringt der „Morgen“ am nächsten Montag eine neue Sensationsmeldung und die Aktivisten können sich damit trösten, daß das Blatt zum Glück nur einmal in der Woche erscheint. Wenn jemand schon ernstlich an nennenswerten Kompensationen, die sich von den 21 Millionen für die Deutsche Agrarbank wesentlich unterscheiden sollten, glaubt hat — dadurch, daß dieses unerhörte Boulevardblatt davon schwagt, wirds fast sicher, daß nichts damit ist.

Deutschnationaler Kampf gegen eine deutsche Schule. Ueber einen sonderbaren Kampf um und gegen eine deutsche Schule berichtet das „Prager Tagblatt“ aus der egerländischen Gemeinde Oberhoffenreuth. Die Volksschule dieses Ortes ist baufällig. Der Ortschulrat beschloß die Erbauung eines Schulneubaus für 246.000 K., ein Vorhaben, das in einem Teil der Ortsbevölkerung auf Widerstand stieß. Vor allem richtete sich die Erbitterung der mit der befristeten Erhöhung der Ortschulumlage nicht einverstandenem Bevölkerung gegen den Oberlehrer. Die Leute versuchten in das Schulhaus einzudringen, um den mißliebigen Oberlehrer „zu verhaften“ und in Briefen wurde dieser mit dem Ersticken bedroht, wenn er nicht den kostspieligen Neubau verhindere. Im Dorfe dürfen keine Lebensmittel an den Oberlehrer verpackt werden, so daß er gesummen war, seine Verpflegung auf Umwegen zu beschaffen. Die Krönung erhielt dieses widerwärtige Schauspiel durch das Bestreben der Opposition, die tschechischen Behörden zur Auflösung der deutschen zweifelhafte Volksschule in Oberhoffenreuth zu veranlassen. Als dies alles nichts nützte, nahmen sich die Schulheide einen Egerer Rechtsanwalt — der in der deutschnationalen Partei eine hervorragende Rolle spielt — welcher eine Beschwerde gegen die Errichtung der deutschen Schule bei dem zuständigen tschechischen Amte einbrachte und den Beweis erbrachte, daß das baufällige Gebäude den Zwecken des Unterrichtes entspreche.

Graufige Blatit eines Arbeitlosen. In Walerdorf bei Jitau in Sachsen, hat am Sonntag früh der 39 Jahre alte, seit April erwerbslose Musterschneider Gustav Artz, während seine Frau um Milch gegangen war, seinen beiden 4 und 6 Jahre alten Kindern mit einem Küchenmesser die Kehle durchgeschnitten und sich selbst auf dieselbe Weise umgebracht. Diese entsetzliche Tragödie ist auf das Schuldkonto der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu buchen, die die arbeitenden Menschen mit Hunger und Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung treibt und ein Häuflein Mörder in Golde erstickt läßt.

Eine neue Korruptionsaffäre der tschechischen Nationalsozialisten. Das „Rude Pravo“ erzählt von einer Korruptionsaffäre, die sich beim Bau des Radopolais in der Weinberge zugezogen hat. Der Bau wurde von der nationalsozialistischen Organisation der Postangestellten, deren Vorsitzender ein gewisser Alois Jarobsky ist, gebaut. Als es um die Vergabung der Räume für eine Gastwirtschaft und ein Kaffeehaus ging, überreichte auch der bisherige Pächter der Gastwirtschaft am Lauerzberg, Redobiti, ein Verbungsschreiben. Er teilte dem genannten Vorsitzenden der Postlerorganisation mit, er sei bereit, 50.000 K zu geben, wenn die Restauration dem Redobiti zufalle. Tatsächlich wurde ihm das Gasthaus übergeben und am 22. Dezember 1923 zahlte Redobiti dem Jarobsky im Kaffeehaus „Opera“ auf der Kleinseite 50.000 K aus. Wie das „Rude Pravo“ meldet, wird diese Angelegenheit nun von der Organisation der Postler untersucht.

Wieder eine Eisenbahnkatastrophe. Der Schnelzug der Sonntag vormittags aus Paris nach Bordeaux fuhr, entgleiste um 15 Uhr bei Vou-

vren. Die Lokomotive, der Tender, der Dienstwagen und zwei Waggons stürzten um. Die drei nachfolgenden Waggons entgleisten. Nach den ersten Berichten hat die Katastrophe fünf Todesopfer und 30 Verletzte, davon zwei Schwerverletzte, zur Folge gehabt.

Ein Todesopfer des Hochwassers in Budweis. Am 19. Juni, um halb 7 Uhr abends, ist der vierjährige Obsthändlersohn Rhonda in einem Kanal ertrunken. Die Leiche wurde beim Waisenhaus herausgefischt.

Die Ehefrau auf der Straße mit dem Hammer niedergeschlagen. Freitag früh hat sich auf der Straße zwischen Weipert und Schmiedberg eine blutige Eifersuchtschlagödie abgespielt, bei der der 53jährige Häusler Gr und seine nur um wenig jüngere Frau im Lauf eines Streites mit einem Hammer niederschlug, so daß sie schwer verletzt liegen blieb. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. Nach seinen Angaben, sei es zwischen ihm und seiner Frau, mit der er nun schon 24 1/2 Jahre verheiratet sei und fünf Kinder im Alter von 8 bis 20 Jahren habe, in der letzten Zeit Ätzer zu Streitigkeiten gekommen, da er Grund zu haben glaube, daß seine Frau ihm nicht treu sei. Freitag früh nun sei er mit seiner Frau von Weipert nach Schmiedberg gegangen. Als sie über eine Stunde schon unterwegs gewesen und in einem Wald gekommen seien, habe die Frau wieder einen Streit begonnen und dabei zugegeben, daß sie es mit einem anderen Manne halte, den sie heiraten werde. Darüber sei er derart in Aufregung geraten, daß er einen Demaghammer, den er mitgehört habe, erhob und seiner Frau damit einige Schläge über den Kopf versetzte. Die Frau sei zusammengebrochen und er habe der bereits am Boden Liegenden noch einige Schläge mit dem Hammer versetzt. Er sei der Meinung gewesen, daß die Frau tot sei. Wie wir erfahren, wurde die Frau in schwerverletztem Zustand auf der Straße zwischen Schmiedberg und Weipert aufgefunden und in das Weipert Krankenhaus gebracht. Bei ihrer Einvernahme weigerte sie sich zuerst anzugeben, wer ihr die Verletzungen beigebracht habe. Erst als ihr mitgeteilt wurde, daß ihr Gatte sich selbst gestellt habe, bezeugte sie diesen gleichfalls als Täter. Grund, der den Eindruck eines geistig minderwertigen Menschen macht, wurde in Haft genommen und dem Brüxer Kreisgefängnis überwiesen.

Große Geistesgegenwart zeigte eine Beamtenfrau in Wandsdorf. Sie bemerkte, als sie heimkehrte, in der Wohnung einen Einschleicher, der bei ihrem Nahen in die rückwärtigen Zimmer flüchtete. Die Frau folgte ihm. Schließlich war er im letzten Zimmer ohne Ausgang gefangen und da die Wohnung im ersten Stock lag, war ein Sprung durchs Fenster gefährlich. Die Frau schloß den Burschen ein und die Gendarmerei nahm ihn aus.

Volkswirtschaft. **Bauarbeiter streik in Aisch.**

Vorspiel zu großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

Seit 15. d. M. stehen die Maurer und Zimmerer in Aisch im Streik. Am 14. Mai wurden die Lohnverhandlungen durch die Halsstarrigkeit der Unternehmer zerschlagen. Die Arbeiter verlangten Anpassung der westböhmer Bauarbeiterlöhne, an die in Nordböhmen schon vertraglich vereinbarten. Der Arbeitgeberbund lehnte diese Forderung brüsk ab. Die Aischer Bauarbeiter verlangten hierauf am 8. d. lokale Verhandlungen. Das Verlangen wurde ebenfalls abgelehnt. Am 13. d. wurde als Antwort auf diese neue Herausforderung mit überwiegender Mehrheit der Streik beschlossen. Der Ausbruch desselben kam den Unternehmern sehr überraschend, denn: „Zur Provokation eines Streikes scheinen uns die Verhältnisse doch etwas ungeeignet, da wir mit einer

derart geringen Bautätigkeit einerseits und reichlich genügendem Anbot von Arbeitskräften andererseits zu rechnen haben, wie schon lange Jahre nicht.“ Dies war die Information, die den Baumeistern Westböhmens vom Sachwalter des Karlsbader Arbeitgeberbundes gegeben wurde. Und nun trotzdem Streik. Nicht weil die Arbeiter mit den Löhnen und den sonstigen Verhältnissen auf den Baustellen, Mißachtung der Schutzbestimmungen, Übertretung des Achtstundentages, sowie alle übrigen Ungehelichkeiten, die sich die Baumeister zum Schaden der Arbeiter herausnehmen, nicht einverstanden sein können. Nein! Sondern „weil die Führer der Arbeiterorganisationen mit erlogenen und erfundenen Behauptungen die Arbeiter verheizen und dadurch die Voraussetzung für Streit und Unfrieden schaffen.“ Dies ist der geistige Horizont des Karlsbader Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und dessen Sachwalters. Mit diesem Geist haben die westböhmer Bauunternehmer die Lohnverhandlungen begonnen, dieser Geist war ein einziges Argument während der Dauer derselben, dieser Geist zerschlug auch die Verhandlungen. In diesem Geist und Zeichen hoffen die Unternehmer auf die Zukunft. Schlagt die Führer tot, und Guer ist das Himmelreich hienieden, für Arbeiter! Die Baumeister sorgen in väterlichster und fürsorglichster Weise für Euch. Grund zur Unzufriedenheit gibt es nicht.

Durch ein Flugblatt wurden die Bauarbeiter im ganzen Handelskammerbezirk Eger nach Abschluß der Maiverhandlung durch die Baumeister informiert und aufgeklärt sowie aufgefordert, sich von den Arbeiterführern nicht verheizen und betören zu lassen. Am 18. d. hat sich der Arbeitgeberbund sowie die Bau-, Maurer- und Zimmermeister von Aisch und Umgebung wegen des Streikes mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt. Der Aufruf erschien als Inset in der Aischer „Zeit“. Dieser Aufruf zeigt denselben großzügigen Geist. Die geforderte Erhöhung der Löhne sei in den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht begründet. Durch eine Erhöhung der Löhne würde auch die Allgemeinheit schwer geschädigt. So wird den Bauauftraggebern und der Öffentlichkeit die herausfordernde Haltung der Baumeister gegen die Arbeiter zu begründen versucht. Es wird dann noch die Bitte an alle Bauauftraggeber gerichtet, die Baumeister in der Abwehr der unbegründeten Forderungen zu unterstützen und insbesondere nicht auf Fertigstellung von Arbeiten zu dringen. Dagegen versprechen die Baumeister, daß sie alle Mittel dahin einsetzen werden, daß die begonnenen Arbeiten ehestens fortgesetzt und rechtzeitig zu Ende führen wollen.

Daß die Baumeister die geforderten Löhne jedoch schon einkalkuliert haben und in Rechnung stellen lassen und den Arbeitern die Erhöhung vorenthalten, es lieber zum Streik kommen lassen, davon haben die Herren in dem Aufruf keine Erwähnung getan. Die Haltung des Arbeitgeberbundes in Karlsbad läßt darauf schließen, daß der Aischer Streik ein langer, schwieriger und auch entscheidender werden soll. Die Bauarbeiter haben dies vorausgesehen und bei der Beschlussfassung über den Streik mit in Rechnung gestellt. Die Prodigalität der Bauunternehmer Westböhmens ist für die Bauarbeiter zur Unerrätlichkeit geworden. Die Unternehmer wollen den Kampf. Sie haben ihn und werden ihn haben solange, so unerbittlich und fortgesetzt, bis entschieden sein wird, ob die westböhmer Bauarbeiter tatsächlich zu willenlosen, den habgierigen und herrschsüchtigen Unternehmern schutzlos preisgegebenen Sklaven verurteilt sind.

Der Arbeitgeberbund in Karlsbad, die Bau-, Maurer- und Zimmermeister von Aisch und Umgebung appellieren an die Gebuld ihrer Klassegenossen, bitten um deren Unterstützung im Kampf gegen die Arbeiter. Als Äquivalent versprechen sie kein Mittel unversucht zu lassen, um Arbeitswillige, Streikbrecher zu werben, die dann unter

dem Schutze tschechischer Bajonette, die Arbeit ehestens fortsetzen und rechtzeitig zu Ende führen sollen. Die streikenden Bauarbeiter in Aisch appellieren an die Unterstützung und Solidarität ihrer Klassegenossen. Arbeiter, sorgt überall dafür, daß die Werbung von Streikbrechern nach Aisch ergebnis- und erfolglos bleibt. Sorgt dafür, daß eventuell schon geworbene Judasse Aisch nicht erreichen. Der Aischer Bauarbeiterstreik scheint zu einem Präliminam zu werden in den großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, die zu erwarten sind.

Kongress des Verbandes tschechischer Krankenkassen.

Samstag und Sonntag fand in Anwesenheit von 320 Delegierten und einer Reihe von Gästen, unter denen sich auch der Minister für soziale Fürsorge, Schiehl, befand, der Kongress des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Krankenkassen in Prag statt. Nach der Eröffnung sprach am Samstag Abgeordneter Dr. Leo Winter über die soziale und politische Bedeutung des Gesetzes über die Sozialversicherung. Sonntag sprach zuerst über die Sozialversicherung Direktor Masal aus Olmitz, der insbesondere die Aufgaben der Krankenkassen, die diesen durch das neue Gesetz erwachsen, erörterte. Sodann sprach Abgeordneter Johannis insbesondere über die Aufgaben der Zentralsozialversicherungsanstalt. Sodann wurde die wirtschaftliche Gebarung des Verbandes genehmigt und dem Vorstande das Absolutorium erteilt. Für die Antragskommission erstattete den Bericht Direktor Vejda aus Pardubitz, der der Tagung die Aenderung der Verbandsstatuten empfahl. Seine Anträge wurden einstimmig angenommen. Namens der Wahlkommission erstattete die Vorschläge Bečvarovský-Brünn. Ein Antrag den Mitgliedern der gesetzlichen Körperschaften, Dr. Winter, Johannis und Sabrman, den Dank für ihre Bemühungen um das Zustandekommen der Sozialversicherung auszusprechen, wurde gleichfalls angenommen und der Kongress nach Schlussworten des Abgeordneten Johannis und des Vorsitzenden Jakubka, Sonntag mittag geschlossen.

Literatur.

Henry Ford: Mein Leben und Werk. Volksausgabe Paul List Verlag Leipzig. 3 Mark. Ueber dieses Werk, von dem nunmehr eine billige Volksausgabe erschienen ist, ist anlässlich seines erstmaligen Erscheinens hier bereits geschrieben worden, außerdem ist vor nicht langer Zeit in diesem Blatt das Fordsche System ausführlich gewürdigt worden, weswegen wir uns diesmal kurz fassen können. Auch für Sozialisten ist die Darlegung der wirtschaftstechnischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen des erfolgreichsten Industriellen des ersten kapitalistischen Staates der Welt lehrreich. Es wird uns von einem Unternehmer gezeigt, daß es auch andere Mittel gibt, die Produktionskosten herabzusetzen als den Lohnabbau. Die Senkung des Lebensniveaus, wie dies beispielsweise die Unternehmer der Tschechoslowakei in den letzten Jahren herbeigeführt haben, schwächt die Kaufkraft der Bevölkerung, verringert den Absatz und hindert die Entfaltung der Produktion. Das ist die europäische Methode, mit der die Unternehmer unsere Industrie ruinieren. Die amerikanische Methode aber besteht darin, die Erzeugungsmethoden technisch aufs höchste zu steigern und dem Arbeiter — freilich bei außerordentlich intensiver Arbeitsweise — ausreichende Löhne zu zahlen. Daß Ford dies alles nicht aus Liebe zur Menschheit tut, wie er uns manchmal glauben machen will, haben wir schon einmal dargelegt. Es wäre zu wünschen, daß das Buch auch in Unternehmerkreisen der Tschechoslowakei gelesen werde, denn die Nützlichkeitslehre unserer Industriellen ist eine der größten Gefahren für die nächste wirtschaftliche Zukunft des Landes. E. Z.

Kleine Chronik. **Nach 120 Jahren.**

Zu Frankreich ist ein vor 120 Jahren begangener Justizmord enthüllt worden, der in der Geschichte einzig dastehen dürfte. Am 10. März 1804 hatten zwei Arbeiter, die in einem Steinbruch bei Bittel, das damals noch ein entlegenes Dorf und keineswegs, wie heute, durch seine Mineralquellen berühmt war, beschäftigt waren, einen Haufen Knochen entdeckt, die sie für menschliche Gebeine ansahen. Ein früherer Schiffsarzt bestätigte ihre Annahme und versicherte, daß die Knochen sieben bis acht Jahre unter der Erde gelegen haben müßten. Er stellte fest, daß sechs, übrigens unvollständige, Schädel vorhanden waren, ferner verschiedene Schienbeine und Schenkelknochen, dagegen kein einziger Rückenwirbel und keine einzige Rippe. Unzweifelhaft konnte es sich nur um einen Mord handeln, und man glaubte in Bittel auch sofort zu wissen, wer als Mörder in Betracht kam. Es konnte, nur eine Familie Arnould sein, die den merkwürdigen Epitheton „die Kardinalé“ hatte, drei Brüder, eine Schwester und ihre alte Mutter, die am Rande des Dorfes, gegenüber dem Steinbruch, wohnten. Diese Leute genossen einen schlechten Ruf, weil sie sich häufig betranken und dann untereinander in heftigen Streit gerieten.

Zunächst hatte man es schwer, die Opfer der Mörder zu identifizieren, weil aus Bittel niemand verschunden war. Dann aber begann man sich darauf, daß von den Viehhändlern, die aus anderen Teilen Frankreichs zu den Frühlings- und Herbstmärkten nach Bittel zu kommen pflegten, einige seit mehreren Jahren nicht mehr gesehen worden waren. Mit dieser Feststellung war alles klar. Die fünf Ar-

noulds wurden des Mordes an den Brüdern Didiot beschuldigt. Obgleich 129 Belastungszeugen geladen wurden, wickelten ihre Aussagen nicht hin, um die Familie der „Kardinalé“ zu überführen. Schließlich aber erklärte der Dorfidiot Didiche, er habe vor einigen Jahren gesehen, wie einer der Brüder Arnould mit einer Frauensperson eine Leiche geschleppt habe. Seine Angaben wurden von einem Mädchen namens Rose Emonet bestätigt oder vielmehr dahingehend berichtet, daß die „Leiche“ noch nicht ganz tot, sondern sterbend gewesen sei. Daraufhin wurden die fünf Arnoulds für schuldig befunden, zum Tode verurteilt, und zusammen hingerichtet.

In diesen Tagen hat nun ein Richter aus Nancy, Louis Sadoul, ein Buch über diesen berühmten Mordprozess veröffentlicht, in dem er beweist, daß die „Kardinalé“ unschuldig waren. Er gibt dafür viele überzeugende Gründe an. Der überzeugendste ist der, daß die Brüder Didiot überhaupt niemals ermordet worden sind. Als ihre vermeintlichen Mörder hingerichtet wurden, lebten sie in Wohlstand und Zufriedenheit in der „Cote d'Or“. Sie starben in den Jahren 1806, 1813 und 1814. Die als Beweismittel geltenden Gebeine waren jedenfalls, wie schon Frau Arnould behauptet hatte, Schafsknochen gewesen. Das Außerordentlichste an diesem Falle ist aber, daß weder die Gerichtsbehörden noch die Arnoulds oder ihre Rechtsanwälte auch nur auf den Gedanken gekommen sind, nachzuforschen, ob die Brüder Didiot wirklich verstorben waren. Das wurde vielmehr von vornherein als feststehend angenommen. Höchst seltsam berührt es uns heute auch, daß Sadoul in der Presse jener Tage keinen Bericht und keine Notiz über den Prozess oder das Urteil finden konnte. Was man auch immer über die Wiedergabe von Mordprozessen in den heutigen Zeitungen sagen

mag, zum mindesten machen sie einen Fall wie das der Arnoulds unmöglich.

Der Prozess ist aber auch ein menschliches Dokument, das für alle Zeiten Geltung behält. Er tut mit erschreckender Eindringlichkeit die Bedenklichkeit unzuverlässiger Zeugenaussagen dar. Das Vorurteil gegen die Familie Arnould hatte den Glauben an ihre Schuld so bekräftigt, daß die Zeugen fast durchweg Dinge erfanden, die ihrer vorgefaßten Meinung entsprachen. In dieser Hinsicht läßt auch heute noch manche Prozessführung viel zu wünschen übrig.

Die längste Luftpostlinie der Welt. Die australische Luftpostlinie von Perth nach Derby ist die längste Passagierluftschifftroute der Welt. Sie ist 1442 Meilen lang und soll auf Antrag der Bewohner der Stadt Wyndham noch weiter ausgebaut werden. Wie dringend nötig ein solcher Luftpostdienst an diesem abgelegenen Teile der australischen Westküste ist, läßt sich aus der erwähnten Eingabe ersehen. Danach erhalten die Einwohner von Wyndham nur alle zwei Monate einmal Post, und als vor einigen Monaten einmal die Telegraphenlinie beschädigt war, blieb man vom 28. Jänner bis zum 4. Feber auch ohne jede telegraphische Verbindung. Man sandte auf Umwegen drahtlose Telegramme, die aber erst mit einer Woche Verspätung den Bestimmungsort erreichten. Besonders hingewiesen wird auf den tragischen Fall einer Frau, die im Wochenbette starb, weil nicht schnell genug ärztliche Hilfe zu erlangen war. Von dem Augenblick an, als ein berittener Bote abging, bis zur Ankunft des Arztes waren volle elf Tage vergangen. „Hätten wir damals schon einen Luftdienst gehabt“ — so schreiben die Einwohner des Distrikts Kimberley, in dem Wyndham liegt — „so wären diesmal zwei Menschenleben gerettet worden — und früher noch eine große Anzahl anderer.“

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Kunst und Wissen.

Die Meisterfänger von Nürnberg (mit Bohnen, Maria Müller und einem englischen Tenor) Die traditionelle Prager Meisterfänger-Begeisterung...

„Zwerg — Violanta“, Donnerstag 7 1/2 Uhr „Der 13. Stuhl“, Freitag „Der Freischütz“, Samstag 8 Uhr „Tannhäuser-Parodie“, Sonntag „Der Orlow“.

Das Theater-Variete in Karolinenthal wurde am letzten Samstag nach längerer Spielpause mit einem außerordentlichen Programm wieder eröffnet.

Aus der Bartel.

Jugendbewegung. S. J., Prag, Mittwoch, 23. Juni, um 8 Uhr abends, Monatsversammlung mit Vortrag des Genossen Dr. Emil Strauß über „Johann Hus, der Revolutionär“ im „Verein deutscher Arbeiter“, Prag II., Smekty 27.

Bereinsnachrichten.

Altcrnabend, Mittwoch, den 23. ds., um halb 8 Uhr abends, in der deutschen Schule in Wrschowitz, Palackystraße 21.

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen A. F. A. Bratislava 4:1 (2:1). Der D. F. C. errang Sonntag über die spielstarken Wrschowitz, die in der letzten Zeit durch ausgezeichnete Leistungen stark in den Vordergrund gerückt waren, einen verdienten Sieg.

Länderwettbewerb Deutschland gegen Schweden 3:3 (3:2). Gespielt auf dem Platz des 1. F. C. in Nürnberg vor 20.000 Zuschauern. Beide Mannschaften

waren technisch und taktisch sehr gut und einander gleichwertig. Das Tempo war äußerst stark. Alle drei Tore der Deutschen schob Harber. Bei den Schweden wird vor allem die Verteidigung gerühmt.

Sportbrüder Prag gegen Viktoria Vinohrady 7:2. Die Grünweißen absolvierten ihr erstes Spiel auf ihrem neuen Platz auf der Kaiserinsel und konnten, ambitioniert spielend, einen sehr schönen Erfolg buchen.

Sonstige Fußballresultate:

Rapid Wien schlägt M. T. A. Budapest 4:2. Schiedsrichter Stepanovskij (Prag). 20.000 Zuschauer.

Länderspiel Frankreich gegen Belgien 2:2 (1:1) in Brüssel.

Resultate aus der Provinz.

Preßburg: Sparta Prag gegen S. A. Bratislava 8:1. — M. Ostrava: D. S. A. Teschen gegen S. A. Mar. Ostrava 5:2. — Troppau: D. F. V. Witkowitz gegen D. F. A. Gablonz 4:2.

Leichtathletik:

D. C. S. G. schlägt A. C. Sparta in 56:43 Punkten. Die D. C. S. G. zeigte sich in den schwereren Disziplinen, wie Diskuswerfen, Speerwerfen, Stabhochsprung und 100-Meter-Lauf überlegen und gewann verdient. Nachstehend die Resultate: 100 Meter: 1. Kolmus (D. C. S. G.) 1.8, 2. Jafubiska (Sp.), 3. Wolf (Sp.) — 400 Meter: 1. Wolf (Sp.) 33.6, 2. Kolmus (D. C. S. G.), 3. Novak (Sp.) — 800 Meter: 1. Sourel (Sp.) 2.7, 2. Scholz (D. C. S. G.), 3. Moraver (Sp.) — 1500 Meter: 1. Wozfeld (Sp.) 4:28.2, 2. Rosenfranc (D. C. S. G.), 3. Rauch (Sp.) — Hochsprung: 1. Pettera (D. C. S. G.) 1.75 Meter, 2. Uherel (D. C. S. G.), 3. Hoffmann (Sp.) — Weitsprung: 1. Hoffmann (Sp.) 6 Meter, 2. Schimon (D. C. S. G.), 3. Doletschek (D.



Job Cuzjman

d. i. das Ausklauben aller nicht einwandfreien Bohnen aus dem Kaffee, erfolgt bei der Firma Julius Meini in großen Elegieranlagen maschinell verbunden mit Handarbeit, also vollkommen verlässlich. Meini-Kaffee stellt daher ein auserwähltes Produkt im wahrsten Sinne des Wortes dar.

Julius Meini Kaffee-Import.

70 eigene Filialen.

E. S. G. — Kugelhöhen: 1. Sall (Sp.) 12.13 Meter, 2. Tippmann (D. C. S. G.), 3. Rosenfranc (D. C. S. G.) — Diskuswerfen: 1. Tippmann (D. C. S. G.) 35.3 Meter, 2. Wilhelm alias Raubühl (D. Sportbrüder). — Speerwerfen: 1. Wilhelm-Raubühl, 2. Novak (Sp.) — Stabhoch: 1. Doletschek (D. C. S. G.) 3.20 Meter, 2. Paukert (Sp.) — Die viermal 100-Staffel gewinnt die D. C. S. G. in zwei Mannschaften.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Volkslieder

für Heim und Wanderung. Im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegeben von Hermann Böse K 4.50

Auch für Lautenbeziehung mit Porto K 5.— 20 Seiten stark. Volksbuchhandlung Kramser & Co. Teplitz-Schönbau Theresienstraße 18-20.



Berson 750 advertisement with text: 'Ist das Schlagwort von heute aus dem Kampf um die Existenz. Es kennzeichnet die Gegenwart und wird die Zukunft beherrschen. Nur Willenskraft und gesunde Nerven werden Ihre körperliche und geistige Anstrengung fruchtbar machen.'

Prager Filmbörse.

Drei nette und sehenswerte Cowboy-Filme bringt Fox, eine Publikumsstiftung im besten Sinne des Wortes. Inhaltlich der schwächste ist der Tom Mix-Film „Der schüchterne Don Juan“.

Einem engem Kreise von Interessenten wurde der deutsche Operetten-Film „Weil Du es bist“, der im Singfilmverleih Wilhelm König in Oberleutensdorf erscheint, vorgeführt.

empfundener Menschlichkeit, die auf jeden mächtig einwirkt, dargestellt von Deutschlands besten Kräften, deren jede einzelne eine eindeutige, scharf umrissene Gestalt auf die Leinwand bringt.

Stuhl rettet. „Ein verfligter Kerl“ heißt der zweite Film mit Richard Talmadge in der Hauptrolle, eine abenteuerlich erscheinende Salon-Robinsonade, in welcher der Hauptdarsteller genügend Gelegenheit hat, seine körperliche Gewandtheit zu zeigen.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitung-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Kollt